

Panagiotis Rigopoulos

Die digitale Werknutzung nach dem griechischen und deutschen Urheberrecht

Unter Berücksichtigung der internationalen und
europäischen Entwicklungen



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden 2004

Ant. N. Sakkoulas Verlag
Athen 2004



Abkürzungsverzeichnis	22
A. Einleitung	26
B. Gang der Untersuchung	27
Teil I: Die urheberrechtlichen Verwertungsrechte	29
1. Abschnitt: Die Verwertungsrechte innerhalb der internationalen und der europäischen Urheberrechtsordnung	29
A. Die Verwertungsrechte im Rahmen der internationalen Urheberrechtsverträge	29
I. Die Verwertungsrechte im Regelungskomplex der RBÜ	29
1. Einleitende Bemerkungen	29
2. Die einzelnen Bestimmungen	30
3. Bewertung	30
4. Grundsätze bei der Auslegung des Rechts der internationalen Konventionen und der RBÜ insbesondere	31
a) Der Grundsatz der autonomen Vertragsauslegung	31
b) Das Wiener Übereinkommen über das Recht der völkerrechtlichen Verträge	32
c) Die Grundregeln der Interpretation völkerrechtlicher Verträge in den Art. 31 und 32 WVÜ	32
II. Die urheberrechtlichen Verwertungsrechte im TRIPs-Abkommen	33
1. Einleitende Bemerkungen	33
2. Der Art. 11 TRIPs als „Bern-plus“-Element	34
III. Der Ausbau des Systems des internationalen Urheberrechtsschutzes durch die WIPO-Verträge	34
1. Einleitende Bemerkungen	34
2. Die einzelnen Bestimmungen	35
3. Bewertung	36
B. Die Verwertungsrechte im Rahmen der europäischen Gesetzgebung	36
I. Übersicht über den Prozeß der europäischen Rechtsangleichung auf dem Gebiet des Urheberrechts	36

1. Der wirtschaftspolitische Hintergrund der Harmonisierungsbestrebungen	36
2. Kompetenzrechtliche Aspekte	38
a) Kompetenzgrundlagen für die Gemeinschaftsgesetzgebung auf dem Gebiet des Urheberrechts	38
b) Das Subsidiaritätsprinzip als maßgebliche Kompetenz-ausübungsregel	39
c) Die Vergemeinschaftung des Urheberrechts im Lichte des Subsidiaritätsprinzips	40
3. Das Ziel der Harmonisierungsbestrebungen	41
4. Die Richtlinie 2001/29/EG als Wendepunkt in der europäischen Urheberrechtspolitik	41
II. Die Verwertungsrechte als Bestandteil der Richtliniengesetzgebung	43
1. Einleitende Bemerkungen	43
2. Der Harmonisierungsstand nach dem Erlass der RL 2001/29/EG	43
3. Bewertung	44
2. Abschnitt: Die gesetzestechnische Ausgestaltung der Verwertungsrechte innerhalb der griechischen und der deutschen Urheberrechtsordnung	45
A. Das Vermögensrecht im materiellen griechischen Urheberrecht	45
I. Einleitende Bemerkungen zu dem Vermögensrecht des gr. UrhG	45
1. Dogmatische Grundlagen, Wesen und Zweck des Vermögensrechts	46
2. Bemerkungen zu der Regelungsmethode des Vermögensrechts im gr. UrhG	47
a) Überblick über die ältere Rechtslage	47
b) Die geltende Rechtslage	47
II. Die Vorschrift des Art. 3 gr. UrhG	48
1. Systematik und gesetzestechnische Merkmale der Vorschrift des Art. 3 gr. UrhG	48
2. Inhalt des Vermögensrechts des Art. 3 Abs. 1 gr. UrhG	49
III. Die Ermittlung der Öffentlichkeit der Nutzungshandlung nach dem gr. UrhG	50
1. Einleitende Bemerkungen zu dem Öffentlichkeitsbegriff des Art. 3 Abs. 2 gr. UrhG	50
2. Die Legaldefinition des Art. 3 Abs. 2 gr. UrhG	51

a) Die quantitative und qualitative Komponente des Öffentlichkeitsbegriffs	51
b) Die Begriffe des „engen Familienkreises“ und der „unmittelbaren sozialen Umgebung“	51
c) Ergänzende Heranziehung der Vorschrift des Art. 18 Abs. 1 S. 2 gr. UrhG	52
d) Ergänzende Heranziehung des „örtlichen“ Kriteriums	52
3. Das Kumulationsproblem bei der Ermittlung der Öffentlichkeit der Nutzungshandlung nach dem gr. UrhG	53
a) Kumulation in räumlicher Hinsicht	53
b) Kumulation in zeitlicher Hinsicht	53
(1) Das Gleichzeitigkeitserfordernis als wesenseigene Merkmal der öffentlichen Wiedergabe und der Sendung	54
(2) Grammatikalische Interpretation des Art. 3 Abs. 2 gr. UrhG	54
(3) Stellungnahme und Ergebnis	54
B. Die Verwertungsrechte im materiellen deutschen Urheberrecht	55
I. Einleitende Bemerkungen zu den Verwertungsrechten im UrhG	55
1. Dogmatische Grundlagen, Wesen und Zweck der Verwertungsrechte	55
2. Bemerkungen zu der Regelungsmethode der Verwertungsrechte im UrhG	57
a) Die Regelungsmethode	57
b) Der § 15 UrhG als Generalklausel	57
II. Die Vorschrift des § 15 UrhG – Das Recht der Werkverwertung in körperlicher und unkörperlicher Form	58
1. Gesetzestechnische Merkmale und Aufbau der Vorschrift	58
2. § 15 Abs. 1 UrhG – Inhalt des Rechts der Werkverwertung in körperlicher Form	59
3. § 15 Abs. 2 UrhG – Inhalt des Rechts der Werkverwertung in unkörperlicher Form	59
III. Die Sonderproblematik der Ermittlung der Öffentlichkeit der Wiedergabe	60
1. Die Legaldefinition des § 15 Abs. 3 UrhG	60
a) Das quantitative Merkmal der Öffentlichkeit	60
b) Das qualitative Merkmal der Öffentlichkeit	61
(1) Die bestimmte Abgrenzung	61
(2) Die persönliche Verbundenheit	61

2. Das Kumulationsproblem bei der Ermittlung der Öffentlichkeit der Wiedergabe nach dem UrhG	62
a) Kumulation in räumlicher Hinsicht	62
b) Kumulation in zeitlicher Hinsicht	63
(1) Das Gleichzeitigkeitserfordernis als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal des § 15 Abs. 3 UrhG	64
(2) Die Aufgabe des Gleichzeitigkeitserfordernisses – Die sukzessive Öffentlichkeit	64
(3) Stellungnahme und Ergebnis	65
C. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	66
3. Abschnitt: Die Regelungen der einzelnen Verwertungsrechte im Bereich der Werkverwertung in körperlicher Form	71
A. Das Vervielfältigungsrecht	71
I. Das Vervielfältigungsrecht im Rahmen der internationalen Urheberrechtsverträge	71
1. Das Vervielfältigungsrecht in der RBÜ	71
a) Übersicht über die Entwicklung der Regelung des Vervielfältigungsrechts in der RBÜ	71
b) Der Vervielfältigungsbegriff des Art. 9 RBÜ	72
c) Die Ermittlung des Vervielfältigungsbegriffs im Wege der Auslegung	73
(1) Die grammatikalisch-wörtliche Auslegung	73
(2) Die systematische Auslegung	73
(3) Die teleologische Auslegung	74
d) Ergebnis	74
2. Das Vervielfältigungsrecht in den WIPO-Verträgen	75
a) Das Vervielfältigungsrecht als Verhandlungsgegenstand bei der Vorbereitung des Basic Proposal zu dem WIPO-Urheberrechtsvertrag und die Übernahme des RBÜ-Schutzstandards	75
b) Die vereinbarte Erklärung zu Art. 1 Abs. 4 WCT	77
c) Das Vervielfältigungsrecht in den Art. 7, 11 WPPT	77
3. Die U.S.-Arbeitsgruppe über die I.P. Rechte zum Vervielfältigungsrecht	78
II. Das Vervielfältigungsrecht im Rahmen der europäischen Gesetzgebung	79

1. Übersicht über die Regelungen des Vervielfältigungsrechts einschließlich der Schrankenproblematik in der Richtliniengesetzgebung	79
2. Das Vervielfältigungsrecht im Art. 2 RL 2001/29/EG	80
a) Das Merkmal „unmittelbar oder mittelbar“	80
b) Das Merkmal „vorübergehend oder dauerhaft“	81
c) Das Merkmal „auf jede Art und Weise und in jeder Form ganz oder teilweise“	81
3. Die Vorschrift des Art. 5 RL 2001/29/EG	82
a) Die Vorschrift des Art. 5 Abs. 1 RL 2001/29/EG – Die verbindliche Ausnahme für vorübergehende Vervielfältigungen	82
b) Die Vorschrift des Art. 5 Abs. 5 RL 2001/29/EG – Die Übernahme des Drei-Stufen-Tests	83
4. Kritische Würdigung der Regelung des Vervielfältigungsrechts einschließlich der Schrankenproblematik	84
a) Bemerkungen zu der Vorschrift des Art. 2 RL 2001/29/EG	84
b) Bemerkungen zu der Vorschrift des Art. 5 Abs. 1 RL 2001/29/EG	84
III. Die nationalen Regelungen des Vervielfältigungsrechts	85
1. Die Vervielfältigungsbefugnis im gr. UrhG	85
a) Einleitende Bemerkungen	85
b) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 a gr. UrhG a. F.	86
(1) Der Begriff der Aufnahme	86
(2) Der Begriff der Vervielfältigung	87
c) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 a gr. UrhG n. F.	89
d) Kritische Würdigung der Regelung der Vervielfältigungsbefugnis	89
2. Das Vervielfältigungsrecht im UrhG	91
a) Einleitende Bemerkungen	91
b) Die Vorschrift des § 16 Abs. 1 UrhG – Der Vervielfältigungsbegriff	91
(1) Der Vervielfältigungsbegriff vor dem Hintergrund der digitalen Technik	92
(2) Die Sonderproblematik der vorübergehenden Speicherung	95
(a) Das „Betriebssystem“-Urteil des BGH	95
(b) Die Abgrenzungsformel der gesteigerten Werknutzung	95
(3) Zwischenergebnis	96
c) Die Vorschrift des § 16 Abs. 2 UrhG	96

3. Rechtsvergleichende Darstellung	97
4. Vereinbarkeit mit den Vorgaben des internationalen und des europäischen Rechts	100
a) Vereinbarkeit mit den RBÜ-Vorgaben	100
b) Vereinbarkeit mit den Vorgaben der Richtliniengesetzgebung	100
B. Das Verbreitungs- und Vermietrecht	102
I. Das Verbreitungs- und Vermietrecht im Rahmen der internationalen Urheberrechtsverträge	102
1. Das Verbreitungsrecht in der RBÜ	102
2. Das Verbreitungsrecht im WIPO-Urheberrechtsvertrag	103
3. Das Vermietrecht im TRIPs-Abkommen und im WIPO-Urheberrechtsvertrag	104
II. Das Verbreitungs-, das Vermiet- und Verleihrecht im Rahmen der europäischen Gesetzgebung	104
1. Übersicht über die Regelungen des Verbreitungsrechts	104
2. Das Verbreitungsrecht einschließlich der Erschöpfung im Art. 4 RL 2001/29/EG	105
3. Übersicht über die Regelungen des Vermiet- und Verleihrechts – Die Richtlinie 92/100/EWG	106
III. Die nationalen Regelungen des Verbreitungs-, Vermiet- und Verleihrechts	108
1. Die Verbreitungsbefugnis einschließlich des Vermiet- und Verleihrechts im gr. UrhG	108
a) Einleitende Bemerkungen	108
b) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 d gr. UrhG a. F.	108
(1) Der Begriff des Inverkehrsetzens	108
(2) Das Vermiet- und Verleihrecht	109
(a) Der gesetzliche Vergütungsanspruch für die Vermietung – Art. 34 Abs. 4 gr. UrhG	110
(3) Das droit de destination	110
c) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 3 c gr. UrhG	112
d) Kritische Würdigung der Regelung der Befugnis, das Original oder die Vervielfältigungsstücke des Werks in Verkehr zu setzen	112
(1) Das Fehlen einer ausdrücklichen Regelung der Erschöpfung im Rahmen der Regelung der Verbreitungsbefugnis	114

(a) Ausdrückliche, werkartspezifische Regelung der Erschöpfung – Art. 41 und Art. 3 Abs. 3 c S. 2 gr. UrhG	114
(b) Die Problematik der Erschöpfung in der gr. Urheberrechtsliteratur	115
(i) Der Vorschlag der erweiternden Auslegung des Anwendungsbereichs der Vorschriften der Art. 41 und Art 3 Abs. 3 c gr. UrhG	115
(ii) Die Erschöpfung als eine immanente Schranke der Verbreitungsbefugnis	115
(iii) Stellungnahme	115
(c) Das Verhältnis zwischen dem Erschöpfungseintritt und dem Vermiet- und Verleihrecht	116
(d) Zwischenergebnis – die Notwendigkeit der Aufnahme des Grundsatzes der gemeinschaftsweiten Erschöpfung in den Wortlaut des Art. 3 Abs. 1 d gr. UrhG	117
(2) Die Regelung des droit de destination	117
(a) Die Grenzen des droit de destination	117
(b) Vereinbarkeit des droit de destination mit der Systematik des gr. UrhG	118
(i) Übersicht über die Entwicklung und die dogmatischen Grundlagen des droit de destination	118
(ii) Fehlende Vereinbarkeit des droit de destination mit der Systematik des gr. UrhG	119
(iii) Fehlende Vereinbarkeit des droit de destination mit der Einführung des Erschöpfungsgrundsatzes in die Art. 41 und 3 Abs. 3 c gr. UrhG	119
e) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 d gr. UrhG n. F.	120
(1) Die Verbreitungsbefugnis – Art. 3 Abs. 1 d S. 1 gr. UrhG n. F.	120
(2) Der Erschöpfungsgrundsatz – Art. 3 Abs. 1 d S. 2 gr. UrhG n. F.	121
f) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 e gr. UrhG n. F.	121
g) Stellungnahme zu der Neufassung der Vorschriften des Art. 3 Abs. 1 d und e gr. UrhG n. F.	122
2. Das Verbreitungs-, Vermiet- und Verleihrecht im UrhG	123
a) Einleitende Bemerkungen	123

b) Die Vorschrift des § 17 Abs. 1 UrhG – die Verbreitungshandlungen	123
(1) Das Anbieten an die Öffentlichkeit	123
(2) Das Inverkehrbringen	124
c) Die Vorschrift des § 17 Abs. 2 UrhG – der Erschöpfungsgrundsatz	124
(1) Allgemeines zu der Erschöpfungsproblematik und zu der Rechtsnatur der Erschöpfung	124
(2) Die Erschöpfungsvoraussetzungen	125
(3) Die Erschöpfungswirkung	126
d) Das Vermiet- und Verleihrecht nach dem UrhG	126
(1) Übersicht über die Regelung des Vermiet- und Verleihsrechts	126
(2) Der gesetzliche Vergütungsanspruch für die Vermietung – § 27 Abs. 1 UrhG	128
(3) Der gesetzliche Vergütungsanspruch für das Verleihen – § 27 Abs. 2 UrhG	128
3. Rechtsvergleichende Darstellung	128
4. Vereinbarkeit mit den Vorgaben des internationalen und des europäischen Rechts	130
5. Übersicht über die Diskussion der Heranziehung des Verbreitungsrechts auf den Vorgang der online Werkübermittlung	130
4. Abschnitt: Die Regelungen der einzelnen Verwertungsrechte im Bereich der Werkverwertung in unkörperlicher Form	133
A. Das Recht der öffentlichen Wiedergabe in der RBÜ und in der europäischen Gesetzgebung	133
I. Das Recht der öffentlichen Wiedergabe in der RBÜ	133
II. Das Recht der öffentlichen Wiedergabe in der Richtliniengesetzgebung	134
1. Übersicht über die Regelungen der Rechte der öffentlichen Werkwiedergabe in der Richtliniengesetzgebung	134
2. Das Recht der öffentlichen Wiedergabe im Art. 3 Abs. 1 RL 2001/29/EG	134
B. Die nationalen Regelungen der Rechte der Werkverwertung in unkörperlicher Form	137
I. Die Befugnis der Präsentation des Werks in der Allgemeinheit im gr. UrhG	137

1. Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 e gr. UrhG a. F.	137
a) Ermittlung des Begriffs der Präsentation des Werks an die Allgemeinheit im Wege der erweiternden Auslegung des Wortlauts des Art. 3 Abs. 1 e gr. UrhG a. F.	137
b) Ermittlung des Begriffs der Präsentation des Werks an die Allgemeinheit im Wege der einschränkenden Auslegung des Wortlauts des Art. 3 Abs. 1 e gr. UrhG a. F.	138
2. Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 h gr. UrhG n. F.	138
II. Die Befugnis der öffentlichen Werkwiedergabe im gr. UrhG	139
1. Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 f gr. UrhG	139
2. Kritische Würdigung der Regelung der öffentlichen Werkwiedergabe	141
III. Die Rechte des § 19 UrhG	142
1. Das Vortragsrecht – § 19 Abs. 1 UrhG	142
2. Das Aufführungsrecht – § 19 Abs. 2 UrhG	143
a) Das Recht der musikalischen Aufführung – § 19 Abs. 2, 1. Alt. UrhG	143
b) Das Recht der bühnenmäßigen Aufführung – § 19 Abs. 2, 2. Alt. UrhG	143
3. Das Vorführungsrecht – § 19 Abs. 4 UrhG	144
IV. Rechtsvergleichende Darstellung	145
V. Vereinbarkeit mit den Vorgaben des internationalen und des europäischen Rechts	147
1. Vereinbarkeit mit den RBÜ-Vorgaben	147
2. Vereinbarkeit mit den Vorgaben der Richtliniengesetzgebung	147
C. Die nationalen Regelungen des Senderechts	148
I. Die Sendebefugnis im gr. UrhG	148
1. Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 g gr. UrhG – Der Sendebegriff	148
2. Kritische Würdigung der Regelung der Sendebefugnis	150
II. Das Senderecht im UrhG	150
1. Die Vorschrift des § 20 UrhG – Der Sendebegriff	150
2. Die Problematik der Erschöpfung des Senderechts	154
III. Rechtsvergleichende Darstellung	155
IV. Der herkömmliche Sendebegriff vor dem Hintergrund der Medienkonvergenz	156
1. Einleitende Bemerkungen	156
2. Die Typisierung der Sendung als eines von dem Sendeveranstalter gesteuerten Nutzungsvorgangs	157

V. Vereinbarkeit mit den Vorgaben des internationalen und des europäischen Rechts	159
1. Vereinbarkeit mit den RBÜ-Vorgaben	159
2. Vereinbarkeit mit den Vorgaben der Richtliniengesetzgebung	159
Teil II: Das Right of Making Available	160
1. Abschnitt: Das right of making available im Rahmen des internationalen und europäischen Urheberrechts	160
A. Darstellung der internationalen und europäischen Regelung des right of making available	160
I. Einleitende Bemerkungen	160
1. Überblick über die Entwicklung zu der Anerkennung des right of making available	160
a) Der Dissens hinsichtlich der rechtlichen Einordnung der digitalen netzvermittelten Übertragung	160
b) Die Schirmlösung	161
2. Der Ausgang der WIPO- und EG-Aktivitäten – Die Anerkennung eines umfassenden Rechts der öffentlichen Wiedergabe	161
a) Das Recht der öffentlichen Wiedergabe im Art. 8 WCT	161
b) Das Recht der öffentlichen Wiedergabe im Art. 3 RL 2001/29/EG	162
II. Der Inhalt des Rechts der öffentlichen Wiedergabe in dem Art. 8 WCT und Art. 3 RL 2001/29/EG	163
1. Das klassische Recht der öffentlichen Werkwiedergabe	163
a) Das Wesen des Rechts	163
b) Der Wiedergabebegriff	163
2. Das right of making available als Teil des Rechts der öffentlichen Wiedergabe	164
a) Der Inhalt des Rechts	164
b) Das Element der individuellen Bestimmung des Orts und des Zeitpunkts des Zugangs	165
c) Öffentlichkeit	166
d) Technische Mittel und Einrichtungen	166
III. Festlegung des Schutzbereichs des right of making available	166
1. Die Konturen des right of making available unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte des Art. 8 WCT	167
2. Der Standpunkt des europäischen Gesetzgebers	168

a) Vereinbarkeit mit den WCT-Vorgaben	168
b) Die Erwägungsgründe (23) und (25) RL 2001/29/EG	168
c) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 3 i.V.m. dem Erwägungsgrund (29) RL 2001/29/EG	169
3. Der Schutzbereich des right of making available aus der Urheberperspektive	169
a) Das Problem der Rechtsdurchsetzung bei der Verfolgung von Rechtsverletzungen im online Bereich	169
b) Die wirtschaftliche Dimension der Werknutzung on-demand	170
4. Ergebnis	171
IV. Das Verhältnis des im Art. 8 WCT und im Art. 3 RL 2001/29/EG verankerten Rechts der öffentlichen Wiedergabe zu dem bestehenden Regelungskomplex der RBÜ und des Gemeinschaftsrechts	171
B. Die Problematik der Erschöpfung und das right of making available	172
I. Die Problematik der Erschöpfung in der RL 2001/29/EG	172
1. Die Klarstellung des Art. 3 Abs. 3 RL 2001/29/EG	172
2. Der Erwägungsgrund (29) RL 2001/29/EG	174
II. Übersicht über den Stand der Diskussion	174
1. Die Kritik an der Einschränkung der Erschöpfungswirkung auf den indirekten Geschäftsverkehr	174
2. Die Gegenansicht – Die Ablehnung der analogen Anwendung des Erschöpfungsgrundsatzes	175
3. Ergebnis – Die Notwendigkeit der Anpassung des Erschöpfungsgrundsatzes an die Modalitäten des online Vertriebs von urheberrechtlich geschützten Werken	176
C. Die Abgrenzung des right of making available von den sonstigen Verwertungsrechten	178
I. Abgrenzung von den sonstigen Rechten der öffentlichen Werkwiedergabe und von dem Senderecht insbesondere	178
1. Problemstellung	178
2. Der Wortlaut des Art. 8 WCT und des Art. 3 RL 2001/29/EG	178
3. Das Element der Interaktivität insbesondere	179
a) Definition	179
b) Gegenüberstellung zu den nicht-interaktiven Verwertungsvorgängen	180
4. Ergebnis	181
II. Das Verhältnis zwischen dem right of making available und dem Vervielfältigungsrecht	182

1. Problemstellung	182
2. Übersicht über den Stand der Diskussion vor der Anerkennung des right of making available	182
3. Die These der beschränkten Kumulation von dem right of making available und dem Vervielfältigungsrecht	183
a) Das Uploaden als Teil des Verwertungsvorgangs	183
b) Die während der Übertragung stattfindenden Vervielfältigun- gen	183
4. Ergebnis	184
III. Das Verhältnis zwischen dem right of making available und dem access right – das right of making available als ein access right?	185
1. Problemstellung	185
a) Übersicht über die Diskussion um das access right	185
b) Die rechtspolitische Dimension des access right	185
2. Die Begründung des access right in der bestehenden Urheberrechtsordnung	186
a) Definition	186
b) Die Spuren eines access right in dem right of making available	187
c) Das right of making available als access right?	187
3. Ergebnis	188
D. Sonderprobleme	189
I. Die Anwendbarkeit des right of making available auf die Werkverwertung innerhalb von Push-Media	189
1. Problemstellung	189
2. Push-Dienste und Interaktivität i.S. des Art. 8 WCT und des Art. 3 RL 2001/29/EG	189
a) Fehlende Gleichartigkeit der übermittelten Inhalte	189
b) Individuelle Bestimmung des Orts und des Zeitpunkts des Zugriffs	190
3. Ergebnis	190
II. Die Grenze zwischen der privaten und der öffentlichen Zugänglichmachung – Die Anpassung des Begriffs der Öffentlich- keit	191
1. Problemstellung	191
2. Die Ermittlung der Öffentlichkeit von Wiedergaben im online Bereich	192
a) Evolutive Auslegung des Öffentlichkeitsbegriffs	192
b) Einzelfälle	193

3. Die Vorgaben des WCT und der RL 2001/29/EG als Orientierungshilfe bei der Auslegung des Öffentlichkeitsbegriffs 194

2. Abschnitt: Die Implementierungsvorschläge des right of making available in die nationalen UrhG 195

A. Die Reformbestrebungen im Rahmen der deutschen Urheberrechtsordnung 195

I. Überblick über die Entwicklung zum aktuellen UrhG-E 195

1. Einleitung 195

2. Der Diskussionsentwurf des fünften Änderungsgesetzes zur Änderung des UrhG 196

3. Der Referentenentwurf und der aktuelle Entwurf der Bundesregierung zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft 196

II. Der Vorschlag der Einfügung des § 19a UrhG-E – das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung 197

1. Einleitung 197

2. Das Wesen des Rechts des § 19a UrhG-E 198

3. Die terminologische Bezeichnung des Rechts des § 19 a UrhG-E 198

a) Die Bezeichnung „Recht der öffentlichen Zugänglichmachung“ – kritische Würdigung 198

b) Sonstige Vorschläge hinsichtlich der terminologischen Bezeichnung des im § 19a UrhG-E geregelten Rechts 199

(1) Unmittelbare Bezugnahme auf das Merkmal der Interaktivität 199

(2) Die Bezeichnung der Nutzungshandlung per se 200

(3) Stellungnahme 201

4. Die Vorschrift des § 19a UrhG-E 201

a) Das Merkmal der Interaktivität 201

b) Der Schutzzumfang – das Problem der Zweiaktivität 202

5. Kritische Würdigung und Stellungnahme 203

III. Abgrenzung von den sonstigen Rechten der unkörperlichen Werkwiedergabe und von dem Senderecht insbesondere 204

1. Problemstellung 204

2. Die Abgrenzungsproblematik im Disse 204

3. Die Abgrenzungsproblematik im aktuellen UrhG-E 205

4. Ergebnis 206

IV. Übersicht über die Änderungen des § 15 Abs. 2, 3 UrhG 206



1. Der Wiedergabebegriff	206
2. Das Merkmal der Öffentlichkeit	207
B. Die Reformbestrebungen im Rahmen der griechischen Urheberrechtsordnung	207
I. Übersicht über die Diskussion über die Implementierung des right of making available in das gr. UrhG vor der Umsetzung der RL 2001/29/EG	207
1. Der Vorschlag der Anwendung der Befugnis der Präsentation des Werks an die Allgemeinheit – Art. 3 Abs. e gr. UrhG a. F.	208
2. Der Vorschlag der Anwendung der Sendebefugnis – Art. 3 Abs. 1 g gr. UrhG	208
3. Der Vorschlag der Annahme eines Innominatfalls im Rahmen des Art. 3 Abs. 1 gr. UrhG a. F.	208
II. Die Rechtslage nach der Umsetzung der RL 2001/29/EG	209
1. Die Aufnahme des right of making available in die Befugnis der Präsentation des Werks an die Allgemeinheit	209
a) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 h S. 1 gr. UrhG n. F.	209
b) Die Vorschrift des Art. 3 Abs. 1 h S. 2 gr. UrhG n. F. – Die Frage der Erschöpfung	210
2. Der Schutzbereich des right of making available als Unterfall der Befugnis der Präsentation des Werks an die Allgemeinheit	210
a) Übersicht über die Diskussion über den Umfang des right of making available vor der Umsetzung der RL 2001/29/EG	210
b) Der Schutzbereich des right of making available gemäß Art. 3 Abs. 1 h gr. UrhG n. F.	210
3. Die Frage der Öffentlichkeit	211
III. Abgrenzung von den sonstigen Befugnissen der Werkverwertung in unkörperlicher Form und von der Sendebefugnis insbesondere	211
IV. Kritische Würdigung und Stellungnahme zu der Regelung der Befugnis der Präsentation des Werks an die Allgemeinheit einschließlich des making available	212
C. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	214
Teil III: Ausgewählte Probleme der digitalen Werknutzung im online Umfeld	216
1. Abschnitt: Klassische Benutzungshandlungen im Bereich der digitalen Werkverwertung	216

A. Die Digitalisierung	216
I. Allgemeines, Begriffsbestimmung, Definition	216
II. Urheberrechtliche Bewertung	218
III. Der Vorschlag des eigenständigen Schutzes der Digitalisierung	220
1. Der Vorschlag der Qualifizierung der Digitalisierung als Bearbeitung	220
2. Der Vorschlag der Annahme eines unbenannten Verwertungsrechts an der Digitalisierung eines Werks	220
3. Der Vorschlag des eigenständigen Schutzes der Digitalisierung durch die Einführung eines verwandten Schutzrechts	221
B. Das Uploaden und Downloaden	221
I. Begriffsbestimmung und urheberrechtliche Bewertung des Uploaden	221
II. Begriffsbestimmung und urheberrechtliche Bewertung des Downloaden	223
C. Browsing und Bildschirmwiedergabe	223
I. Begriffsbestimmung	223
II. Die rechtspolitischen Implikationen des Browsing	224
III. Die urheberrechtliche Bewertung des Browsing	225
1. Das Vervielfältigungsrecht als Ausgangspunkt bei der urheberrechtlichen Bewertung des Browsing	225
2. Die Ermittlung der urheberrechtlichen Relevanz des Browsing im Wege der teleologischen Auslegung des Vervielfältigungsrechts	225
a) Die These der urheberrechtlichen Relevanz des Browsing	226
b) Die Gegenthese – Die Freistellung des Browsing auf der Grundlage einer wertenden Betrachtung des Schutzzumfangs des Vervielfältigungsrechts	227
IV. Rechtsgrundlagen für die Zulässigkeit der Handlungen des Browsing	228
1. Die Lösung des europäischen Gesetzgebers – Die Anwendung der Schrankenregelung des Art. 5 Abs. 1 RL 2001/29/EG auf die Handlungen des Browsing	228
2. Die Theorie der Lizenz zum Blättern	228
V. Die Bildschirmwiedergabe	229
D. Linking und Framing	229
I. Begriffsbestimmung und Überblick über die Arten von Links	229
1. Intra page-, intra system- und inter system Links	230
a) Intra page Links	230
b) Intra system Links	231
c) Inter system Links	231

2. Hyperlinks, Inline- und Deep Links	231
a) Hyperlinks	231
b) Inline-Links	232
c) Deep-Links	232
d) Framing	233
II. Die urheberrechtliche Würdigung des Linking und des Framing	233
1. Die urheberrechtliche Würdigung der Platzierung eines Links	234
a) Verwendung fremder Elemente als Links	234
b) Der Einbau eines Links als Bearbeitung	235
2. Die urheberrechtliche Würdigung der Aktivierung des Links	236
III. Rechtsgrundlagen für die Zulässigkeit der Handlungen des Linking	238
1. Die Anwendung der Schrankenregelung zugunsten der Zitierfreiheit auf das Linking	238
2. Die Theorie der konkludenten Einwilligung	239
2. Abschnitt: Die während der netzvermittelten Datenübermittlung anfallenden Werknutzungshandlungen	240
A. Caching	240
I. Begriffsbestimmung und Überblick über die Arten von Caching	240
1. Das Client-Caching	240
2. Das Web- oder Proxy-Caching	241
II. Rechtliche Würdigung des Caching	243
1. Allgemeines	243
2. Urheberrechtliche Relevanz des Client-Caching	245
3. Urheberrechtliche Relevanz des Proxy-Caching	245
III. Rechtsgrundlagen für die Zulässigkeit der Handlungen des Caching	247
1. Die Lösung des europäischen Gesetzgebers – Die Anwendung der Schrankenregelung des Art. 5 Abs. 1 RL 2001/29/EG auf die Handlungen des Caching und der Drei-Stufen-Test	247
a) Die Anwendung der Schrankenregelung des Art. 5 Abs. 1 RL 2001/29/EG auf die Handlungen des Caching	247
b) Caching im Lichte des Drei-Stufen-Tests	249
(1) Der Aufbau des Drei-Stufen-Tests	249
(2) Die Anwendung des Drei-Stufen-Tests auf Caching	250
2. Die Theorie der konkludenten Zustimmung	251
IV. Caching und das Recht der öffentlichen Werkwiedergabe	252
V. Ergebnis	254
B. Mirroring oder Spiegeln	254

I. Begriffsbestimmung	254
II. Abgrenzung des Mirroring von Caching	255
III. Urheberrechtliche Bewertung des Mirroring	255
1. Mirroring und das Vervielfältigungsrecht	256
2. Mirroring und das Recht der öffentlichen Werkwiedergabe	256
IV. Ergebnis	257
C. Routing	257
I. Begriffsbestimmung	257
II. Urheberrechtliche Bewertung des Routing	258
3. Abschnitt: Ausgewählte Verwertungsformen im online Bereich	259
A. Die Werkverwertung im Rahmen von Push- und Pull-Medien und Diensten	259
I. Begriffsbestimmungen und Überblick	259
1. Medien und Dienste im Push-Modus	260
2. Medien und Dienste im Pull-Modus	261
II. Das Internet-Medium zwischen dem Pull- und dem Push-Modell	261
B. Webcasting	262
I. Begriffsbestimmung	262
II. Urheberrechtliche Bewertung des Webcasting	263
C. Narrowcasting	264
I. Begriffsbestimmung	264
II. Urheberrechtliche Bewertung des Narrowcasting	264
D. Streaming	266
I. Begriffsbestimmung	266
1. Überblick über die Streaming Technologien	267
2. Überblick über die Arten des Streaming	269
a) Real Time Streaming	269
b) Zeitversetztes Streaming	269
II. Urheberrechtliche Bewertung des Streaming	270
1. Real Time Streaming	270
2. Zeitversetztes Streaming	271
3. Die während des Streaming anfallenden Zwischenspeicherungen	272
III. Öffentliche Wahrnehmbarmachung der im Wege des Streaming	
Verfahrens übertragenen Werke	273
1. Real Time Streaming	274
2. Zeitversetztes Streaming	274